

Was wollt Ihr eigentlich? Ein Bericht von den 6. Wirtschaftspolitischen Gesprächen vom 22. September 2016 in Berlin

Autor: Joachim Schramm, Andreas Steininger ¹

Stand: 23.11.2016

I. Hintergrund der 6. Wirtschaftspolitischen Gespräche

Wenn man im Bereich der Osteuropa-Wissenschaften tätig ist, so kann man die Unterscheidung zwischen „Russlandverstehen“, die sich vermehrt in den Reihen der Wirtschaft finden und für eine Annäherung zwischen Russland und dem Westen trotz Ukraine Krise eintreten, auf der einen Seite und „Russland-Bashern“ auf der anderen, welche die Völkerrechtsverstöße Russlands anprangern und ein hartes Vorgehen gegenüber Russland befürworten, kaum mehr hören. Allzu oft ist diese Lagerbildung bereits diskutiert worden.

Gleich zu welchem Lager man sich zurechnet, das Hauptproblem besteht wohl mittlerweile darin, dass diese beiden Meinungsblöcke so gut wie gar nicht mehr miteinander kommunizieren, sondern sich im Wesentlichen immer im Rahmen ihrer eigenen Meinungsgruppen austauschen und sich in ihren Ansichten dementsprechend auch bestärken. Die Inhalte der Positionen scheinen in der Diskussion in den Hintergrund zu geraten.

Dies war vor allem der Grund dafür, dass das Ostinstitut/Wismar bei den 6. „Wirtschaftspolitischen Gesprächen“ am 22. September 2016 unter der Überschrift **„Was wollt Ihr eigentlich“** die Vertreter aller Meinungsgruppen eingeladen hat, damit diese ihre Sichtweisen auf das Problem Russland darlegen. Ferner sollte ein Gesamtbild der in Deutschland diesbezüglich vertretenen Meinungen gezeichnet und nach Lösungsansätzen für die tatsächlich existierenden Probleme gesucht werden.

Nach einer Begrüßung durch die Bevollmächtigte des Landes, Frau Dr. Zinnow, und der Eröffnung der Tagung durch Herrn Bundesminister a.D. Wolfgang Clement erläuterte der Geschäftsführer des

Zitierweise: Steininger A., Was wollt Ihr eigentlich? Ein Bericht von den 6. Wirtschaftspolitischen Gesprächen vom 22. September 2016 in Berlin, O/L-3-2016,
http://www.ostinstitut.de/documents/Steininger_Was_wollt_Ihr_eigentlich_ein_Bericht_von_den_6_wirtschaftspolitischen_Gesprachen_vom_22_September_2016_in_Berlin_OL_3_2016.pdf.

¹ Prof. Dr. Andreas Steininger, Ostinstitut Wismar.

Steininger - Was wollt Ihr eigentlich? Ein Bericht von den 6. Wirtschaftspolitischen Gesprächen vom 22. September 2016 in Berlin, Ost/Letter-3-2016 (Dezember 2016)

Ostinstituts/Wismar, Prof. Steininger, in seinem Impulsreferat den Aufbau der Veranstaltung, die in drei Panels eingeteilt war:

- Politik
- Wirtschaft und Wirtschaftsverbände
- Wissenschaft.

Ziel des nachfolgenden Berichts ist vor allem, der Wissenschaft, der Politik und der Wirtschaft analysefähiges Material zur Verfügung zu stellen, um ein möglichst umfassendes Bild aller in Deutschland relevanten Gruppierungen zu entwickeln, die sich mit Russland befassen. Die Beiträge sind auch als Audiodateien auf der Website des Instituts abrufbar.²

I. Panel 1: Politik

Im ersten Panel der Veranstaltung sollten die Vertreter aller im Bundestag befindlichen Parteien sowie der FDP die von ihren Parteien vertretenen Positionen im Hinblick auf Russland darstellen.

1. Andreas Peschke (Auswärtiges Amt): Was will Russland eigentlich?

In seinem Einführungsreferat trug der Osteuropabeauftragte im Auswärtigen Amt, Andreas Peschke, seine Einschätzung der Lage vor. Bezugnehmend auf den Titel der Veranstaltung „Was wollt Ihr eigentlich“ gab er diese Frage an Russland weiter.

Im Außenamt suche man vor allem Antworten auf drei Fragen:

- Was will Russland?
- Was macht Russland?
- Was machen wir?

Als wesentliches Motiv der russischen Außenpolitik stellte Peschke das Streben nach Gleichrangigkeit mit den U.S.A. dar. Von diesen wolle Russland als ein Akteur der Geopolitik auf Augenhöhe wahrgenommen werden. Die Handlungen, die von der russischen Regierung zurzeit unternommen würden, um dieses Ziel zu erreichen, seien offensichtlich. Russland habe die Krim annektiert, unterstütze die Separatisten in der Ostukraine und greife aktiv in den syrischen Bürgerkrieg ein.

² Audiodateien unter:

http://www.ostinstitut.de/de/event/ost_event/event_ansicht/d/was_wollt_ihr_eigentlich_die_6_wirtschaftspolitischen_gespraechе_des_ostinstituts_wismar

Steininger - Was wollt Ihr eigentlich? Ein Bericht von den 6. Wirtschaftspolitischen Gesprächen vom 22. September 2016 in Berlin, Ost/Letter-3-2016 (Dezember 2016)

Die Reaktion des Westens bestehe in der Verhängung von Sanktionen. Die Lieferung von Waffen sei demgegenüber keine Option. Die Sanktionen hätten dazu beigetragen, dass der Handel mit Russland im Vergleich mit dem Jahr 2012 nahezu um 50 % zurückgegangen sei. Allerdings seien die Sanktionen kein Selbstzweck. Eine Rücknahme komme dann in Betracht, wenn das Minsker Abkommen³ substantiell umgesetzt worden sei.

Gegenwärtig sei es gelungen, in der Ukraine eine gewisse Entflechtung der Kampf-Verbände zu vereinbaren, gleichzeitig verschlechtere sich die Lage in Syrien. Die Zusammenarbeit mit Russland sei gekennzeichnet von Elementen der Kooperation und der Konfrontation und die Schwierigkeit liege in der Gleichzeitigkeit beider Verhaltensmuster.

Russlands Verhalten zeichne sich durch seine Unberechenbarkeit aus, was die Zusammenarbeit erschwere. Gleichwohl werde man den Dialog mit Russland fortführen. Die deutsche Außenpolitik sei demgemäß gekennzeichnet durch Festigkeit auf der einen, Kooperationsbereitschaft auf der anderen Seite.

2. Karl-Georg Wellmann (CDU, Auswärtiger Ausschuss des Deutschen Bundestages): westliche Ostpolitik liegt in Scherben; Ende der „wertebezogenen“ Außenpolitik notwendig

Als Vertreter der CDU im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages lenkte Herr Wellmann den Blick auf die Vorgeschichte des aktuellen Konflikts und kam zu dem Ergebnis, dass auch von westlicher Seite eine Reihe von Fehlern gemacht worden seien und der Vorwurf der Verwendung doppelter Standards nicht von der Hand zu weisen sei. So sei etwa die Vorstellung, das eigene Gesellschaftsmodell transportieren und auf die osteuropäischen Staaten übertragen zu wollen, gescheitert. Vielmehr sei diese Idee von Russland als geostrategische Initiative aufgefasst worden. Auch alle westlichen Aktionen im Hinblick auf die Ukraine habe man in Moskau so interpretiert; dies wiederum habe der Westen nicht wirklich verstanden. Die Initiative der „östlichen Partnerschaft“⁴ insgesamt sei gescheitert.

Im Hinblick auf die militärische Aggression Russlands habe die NATO reagieren müssen und habe dies auch mit Augenmaß getan. Die Frage sei nun, wie man damit umgehe. Ein Ansatz sei die Wiederaufnahme der so genannten „Modernisierungspartnerschaft“, die Russland eventuell helfen könne, den technologischen Rückstand aufzuholen.

Auf Nachfrage, was nun zu tun sei, erklärte Herr Wellmann, von westlicher Seite müsse Schluss gemacht werden mit einer „transformativen“ oder „wertebezogenen“ Außenpolitik, die nur selektiv

³ http://www.ostinstitut.de/de/news/aktuelles/news_ansicht/d/minsker_vereinbarung_ii_vom_12_2_2015.

⁴ http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Europa/Erweiterung_Nachbarschaft/Nachbarschaftspolitik/Oestliche%20Partnerschaft_node.html.
Steinger - Was wollt Ihr eigentlich? Ein Bericht von den 6. Wirtschaftspolitischen Gesprächen vom 22. September 2016 in Berlin, Ost/Letter-3-2016 (Dezember 2016)

angewandt worden sei. So wies Herr Wellmann auf das Beispiel Saudi-Arabien oder China hin, wo es um die Menschenrechtsslage auch nicht besser bestellt sei. Man dürfe zwar die Frage der Menschenrechte nicht ignorieren, auf der anderen Seite könne man aber auch nicht die westlichen Standards zur Bedingung für Außenpolitik machen.

3. Franz Thönnies (SPD, Auswärtiger Ausschuss des Deutschen Bundestages): Nutzung sämtlicher Dialogplattformen; institutionelle Einbindung Russlands notwendig

Für die SPD wies Franz Thönnies darauf hin, dass die Unklarheit im Hinblick auf die Wahlen in den U.S.A. und ihre Folgen die Suche nach Lösungen erschwere. Maßgeblich für die deutsche Außenpolitik müsse die Abstimmung mit den Partnern in der EU und der NATO sein. Nationale Alleingänge seien ausgeschlossen. Auf der anderen Seite sollte der Versuch unternommen werden, das Vertrauen wieder herzustellen, wozu Russland auch wieder einbezogen werden müsse. Ein ernster – auch militärischer – Konflikt zwischen Russland und der NATO sei wieder vorstellbar und real. Daher müsse ein NATO-Russland-Krisenrat fest institutionalisiert werden, um entstehende Konflikte bereits im Keim zu ersticken.

Herr Thönnies machte ferner klar, dass wieder eine Annäherung zwischen Russland und dem Westen erreicht werden müsse. Sämtliche Dialogplattformen – begonnen mit Regierungskonsultationen bis hin zum Jugendaustausch – sollten hierfür genutzt werden. Man müsse zurückfinden zu einer sachlichen Ebene mit internationaler Kooperation, wie z.B. bei den Wiener-Gesprächen zu Syrien. Überall dort, wo staatliche Strukturen versagten, sei eine Zusammenarbeit mit Russland unerlässlich. Als Beispiel hierfür nannte Herr Thönnies die Situation in Libyen. Der internationale Terrorismus sei für den Westen als auch für Russland gleichermaßen gefährlich und eine Herausforderung. Die gleichen Interessenlagen zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus böten allerdings auch wieder neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit.

Ferner wies Herr Thönnies darauf hin, dass man die guten wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Russland und Deutschland für eine Annäherung zwischen der EU und der Eurasischen Union nutzen müsse. Hier könnte die Vorstellung eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes von Lissabon bis Wladiwostok⁵ auch Wirklichkeit werden.

Im Gegensatz zu Herrn Wellmann meinte Herr Thönnies, dass die östliche Partnerschaft nicht vollständig, sondern nur zum Teil gescheitert sei; allerdings müsse man in Zukunft Russland mit

⁵ Die Initiative zur Schaffung eines Wirtschaftsraums Lissabon – Wladiwostok hat Wladimir Putin zum ersten Mal im Interview der Süddeutschen Zeitung am 25.11.2010 aufgebracht:
<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/putin-plaedoyer-fuer-wirtschaftsgemeinschaft-von-lissabon-bis-wladiwostok-1.1027908>.

Steinger - Was wollt Ihr eigentlich? Ein Bericht von den 6. Wirtschaftspolitischen Gesprächen vom 22. September 2016 in Berlin, Ost/Letter-3-2016 (Dezember 2016)

einbeziehen. Wichtig sei schließlich, dass man wieder über Abrüstungsmechanismen und Rüstungskontrolle spreche.

4. Dr. Alexander Neu (Obmann im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages, die Linke): der Westen macht sich seine eigene Legende des Konfliktes

Für die Linke betonte Herr Dr. Alexander Neu die Rolle der Wirtschaft bei der Verständigung mit Russland und kritisierte den Ostausschuss der deutschen Wirtschaft dahingehend, dass man der Politik im Hinblick auf die Beziehungen zu Russland das Primat überlassen habe. Gerade der Wirtschaft komme jedoch in Krisenzeiten eine besondere Rolle zu; je enger die wirtschaftlichen Systeme von Deutschland und Russland miteinander vernetzt seien, desto mehr sinke die Gefahr eines Krieges.

Herr Dr. Neu sieht eines der Hauptprobleme für den gegenwärtigen Konflikt mit Russland darin, dass vor allem in Deutschland eine starke transatlantische Orientierung bestehe. Man schaue vor allem auf das Verhalten Amerikas. Dies habe jedoch dazu geführt, dass der kalte Krieg nie wirklich beendet worden sei. Statt einer Kooperation im militärischen und ökonomischen Bereich zwischen dem Westen und Russland sei einseitig die NATO und die EU erweitert worden.

Seit der Rede Putins auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007⁶ habe sich über den Georgien-Konflikt 2008 bis hin zu Ukraine ein neuer kalter Krieg aufgebaut.

Ferner beklagt Herr Dr. Neu die sogenannte Legendenbildung: dazu gehöre zum einen, dass man im Westen davon ausgehe, dass der Konflikt mit Russland erst mit der Ukrainekrise begonnen habe; die vorherigen Ereignisse würden jedoch konsequent ausgeblendet. Zum anderen dürfe man das Völkerrecht nicht selektiv anwenden, wo das Selbstbestimmungsrecht eines Volkes gegen die Unverletzlichkeit der Grenzen stehe. Schließlich habe der Ost-West-Konflikt nie wirklich aufgehört; vielmehr habe der Westen nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion versucht, Russland immer weiter aus Europa zu verdrängen.

5. Manuel Sarrazin (Bündnis 90/die Grünen): Paris, London und Washington sind wichtiger als Moskau

Demgegenüber vertrat Herr Manuel Sarrazin von Bündnis 90/Grüne die These, dass Russland etwa seit 2004 das Ziel verfolgt habe, die Ukraine an sich zu binden. Mit der Entscheidung der Ukrainer, sich dem Westen anzunähern, sei es zu einem Interessenkonflikt zwischen Russland und Europa gekommen. Russland habe sich in seinem Bestreben, fest in den eigenen Einflussbereich

⁶ <https://www.securityconference.de/ueber-uns/muenchner-momente/ein-hauch-von-kaltem-krieg/>.
Steinger - Was wollt Ihr eigentlich? Ein Bericht von den 6. Wirtschaftspolitischen Gesprächen vom
22. September 2016 in Berlin, Ost/Letter-3-2016 (Dezember 2016)

einzubinden, gestört gefühlt. Auslöser für den Konflikt 2013 sei möglicherweise das Assoziierungsabkommen mit der EU gewesen, jedoch nicht die Ursache.

Herr Sarrazin gab zu bedenken, dass der größte Fehler des Westens gewesen sei, nicht offen zu kommunizieren, dass man auch in dieser Region geopolitische Interessen hege.

Voraussetzung für eine Änderung der Haltung gegenüber Russland sei demgemäß der Rückzug der russischen Truppen aus der Ost-Ukraine. Gleichzeitig sei man sich aber auch bewusst, dass ein Aufbau der Ukraine allein durch den Westen nicht möglich sei.

Russland habe sich von einem Partner zu einem Konkurrenten gewandelt, der auch vor einer bewussten Eskalation eines Konfliktes nicht zurückschrecke. Ein Beispiel hierfür sei Syrien, aber auch die Ukraine. Hier habe Russland das Interesse an einer Destabilisierung, wohingegen der Westen ein Interesse an Stabilität habe. Es gelte, diesen Interessenkonflikt nun offen auszusprechen und zu diskutieren.

Im Westen verstehe man häufig nicht, dass eine der Kernelemente der russischen Politik der Begriff der „Macht“ bzw. des Einflusses sei („власть“). Dem Westen stünden demgegenüber nur die Instrumente einer Soft-Power zur Verfügung. Im Gegensatz zu Herrn Wellmann vertrat Herr Sarrazin dementsprechend auch die Auffassung, dass man durchaus eine „transformatorische“ Außenpolitik betreiben könne, also eine Politik, mit der man westliche Vorstellungen zumindest in die Nachbarregionen Europas kolportiere.

Moskau sei ein sehr wichtiger Partner für Deutschland, aber wichtiger seien immer noch Paris, London und Washington.

6. Frau Leutheusser-Schnarrenberger (ehemalige Bundesministerin der Justiz FDP): Gesprächsbereitschaft und klare Ansagen an Russland

Als Vertreterin der FDP verwies Frau Leutheusser-Schnarrenberger zunächst auf die Position Hans Dietrich Genschers, der immer die Meinung vertreten habe, man müsse die eigenen Interessen klar artikulieren, im Zweifel auch hart verhandeln, um somit zu einem ausgewogenen Konfliktlösungsmechanismus zu gelangen. Man dürfe nicht vergessen, dass Russland Mitglied der OSZE⁷ sowie immer noch des Europarates⁸ sei und sich damit auch zu entsprechenden Werten bekannt habe.

⁷ Russland ist seit dem 30.1.1992 als Nachfolgestaat der UdSSR OSZE-Teilnehmerstaat. Die UdSSR war Teilnehmerstaat seit der Gründung der OSZE, dem 25.6.1973: <http://osze-powis.npage.de/teilnehmerstaaten.html>.

Steinger - Was wollt Ihr eigentlich? Ein Bericht von den 6. Wirtschaftspolitischen Gesprächen vom 22. September 2016 in Berlin, Ost/Letter-3-2016 (Dezember 2016)

Man dürfe auch nicht vergessen, dass der russische Statthalter in der Ukraine Janukovitsch zunächst die Verhandlungen mit der EU geführt habe und zu Beginn der NATO Osterweiterung der Widerstand Russlands gar nicht so groß gewesen sei. Denn Jelzin habe damals gar gesagt, er könne sich vorstellen, dass Russland einst selber Mitglied der NATO werde. Putin habe es verstanden, machtpolitisch klug zu agieren und somit Russland wieder in eine mit dem Westen ebenbürtige Rolle zu bringen.

Ferner wies Frau Leutheusser-Schnarrenberger auf die innenpolitischen Probleme Russlands hin. So sei unstrittig, dass die Stiftungsarbeit immer schwieriger geworden sei. Die Tätigkeit von Stiftungen, die mit Geldern aus dem Ausland arbeiten, werde durch die Kennzeichnung als „ausländischer Agent“ diskreditiert.⁹

Man dürfe außenpolitische Fragen nicht vom innenpolitischen Verhalten abhängig machen; vielmehr müsse man den Dialog auf jeden Fall weiterführen. Auf der anderen Seite sollte man die Konflikte auch klar benennen – so insbesondere im Hinblick auf Syrien und die Ukraine –, um von Putin überhaupt ernst genommen zu werden. Hier sei vor allem die Einheit der europäischen Staatengemeinschaft gefordert, um Putin „klare Kante“ zu zeigen.

7. Diskussion

In der anschließenden Diskussion wurde die Frage behandelt, was der Westen aktiv zu Verbesserung der Situation beitragen könne. Hier wurde hervorgehoben, dass man Einfluss auf die Ukraine nehmen müsse, die inneren Reformen fortzuführen und ihren Beitrag zur Umsetzung des Minsker Abkommens zu leisten.

Gegenüber Russland gebe es die Möglichkeit, in den Bereichen Visa-Erleichterungen, Energie und Freihandel Möglichkeiten, auf dem Verhandlungswege Fortschritte zu erzielen. Weiter wurde die Ansicht geäußert, dass Russland keinem strategischen Plan folge, sondern situationsgebunden (reaktiv) handle. Zentrale Frage, die weiterhin der Beantwortung harre, sei die nach der zukünftigen Rolle Russlands in Europa (so Herr Wellmann). Für die Ukraine trage der Westen eine gesteigerte Verantwortung, er müsse „liefern“ (Herr Sarrazin). Gegenüber Russland müsse man Zugeständnisse mit Gegenleistungen verknüpfen und versuchen, sich auf gemeinsame Projekte zu konzentrieren.

⁸ Russland trat dem Europarat am 28.2.1996 bei, <http://www.coe.int/de/web/portal/russian-federation>, http://www.coe.int/de/web/conventions/full-list/-/conventions/treaty/001/signatures?p_auth=5pcbdHp6.

⁹ Gemäß dem föderalen Gesetz vom 12.01.1996 Nr. 7-FZ „Über die nichtkommerziellen Organisationen“ (in der durch Föderales Gesetz vom 20.07.2012 Nr. 121-FZ geänderten Fassung) müssen sich russische nichtkommerzielle Organisationen seit Juli 2012 als „ausländische Agenten“ registrieren lassen, wenn sie politisch tätig sind und finanzielle Unterstützung aus dem Ausland erhalten.

Steinger - Was wollt Ihr eigentlich? Ein Bericht von den 6. Wirtschaftspolitischen Gesprächen vom 22. September 2016 in Berlin, Ost/Letter-3-2016 (Dezember 2016)

Dazu gehörten das gemeinsame Ziel der Sicherheit, aber auch Nord–Stream-II (Herr Thönnies). Der Vertreter der Linken Herr Dr. Neu mahnte weitergehend an, die Regeln des Völkerrechts und die Geltung der Menschenrechte sollten als universelle Richtlinien der Außenpolitik Anwendung finden und nicht nur selektiv, wie es zurzeit der Fall sei. Frau Leutheusser-Schnarrenberger forderte schließlich, dass der NATO-Russland Rat wieder mit Leben gefüllt und Russland wieder in den Kreis der G 8 aufgenommen werden müsse.

II. Panel 2: Wirtschaft und Zivilgesellschaft

Im zweiten Teil der Veranstaltung sollten Vertreter der Wirtschaft und ihrer maßgeblichen Verbände sowie der Zivilgesellschaft ihre Haltung gegenüber Russland darstellen.

1. Gernot Eler (Russland-Koordinator der Bundesregierung und Lenkungsausschussmitglied des Petersburger Dialoges)

Als erster Redner in diesem Panel sprach Herr Gernot Eler, der Russland-Koordinator der Bundesregierung, hier allerdings in seiner Funktion als Lenkungsausschussmitglied des Petersburger Dialoges¹⁰ und damit eines der wichtigsten zivilgesellschaftlichen Plattformen zwischen Deutschland und Russland.

Herr Eler wies zunächst auf die lange Tradition der zivilgesellschaftlichen Kooperation im Rahmen des Petersburger Dialoges hin, der im Jahre 2001 zwischen dem damaligen Kanzler Schröder und Präsident Putin ins Leben gerufen wurde. Damals habe sich noch nicht die Frage einer kritischen Zivilgesellschaft gestellt; vielmehr seien die Teilnehmer des Lenkungsausschusses einfach von den Regierungen benannt worden. Die Treffen des Petersburger Dialoges hätten parallel zu den üblichen Regierungskonsultationen stattfinden sollen. Im Verlaufe der Zeit sei der Ruf lauter geworden, auch Mitgliedern der kritischen Zivilgesellschaft im Petersburger Dialog eine Stimme zu geben; dies sei allerdings kaum gelungen.

In der Krisenzeit 2014 seien die Treffen des Petersburger Dialoges ausgesetzt worden. Allerdings habe der Petersburger Dialog im Juli 2016 mit etwa 300 Teilnehmern wieder stattgefunden, wobei es gerade in der Arbeitsgruppe Politik kontroverse Auseinandersetzungen gegeben habe.

¹⁰ Weiterführend: <http://www.petersburger-dialog.de>.

Steininger - Was wollt Ihr eigentlich? Ein Bericht von den 6. Wirtschaftspolitischen Gesprächen vom 22. September 2016 in Berlin, Ost/Letter-3-2016 (Dezember 2016)

Seit etwa einem Jahr sei die deutsche Sektion des Petersburger Dialoges neu strukturiert.¹¹ Man habe nun 61 Mitglieder¹² und viele neue Bewerber, wobei vor allem nun auch Vertreter der Russland-kritischen NGOs teilnähmen.

Herr Erler hob hervor, dass die zehn Arbeitsgruppen des Petersburger Dialoges sich bisweilen mehrmals im Jahre trafen und den Dialog am Leben hielten. Herr Erler berichtete von der Arbeitsgruppe „Zivilgesellschaft“, welcher er selber zusammen mit dem Menschenrechtsbeauftragten beim russischen Präsidenten Fedotov vorstehe. Hier habe es durchaus kritische Diskussionen in Bezug auf das neue Gesetz über „Ausländischen Agenten“ gegeben, das die Arbeit von NGOs in Russland erschwere. Insofern sei ein Austausch im Rahmen dieses Formates gegeben.

Nach Herrn Erler habe der Petersburger Dialog insofern an Bedeutung gewonnen, als andere Dialog-Plattformen wie G8 oder der NATO-Russland-Rat durch die Krise weggefallen seien.

Sicherlich sei es wichtig, den Petersburger Dialog zukunftsfähig zu machen, auch durch Abkehr von der ursprünglichen Struktur. Dies sei allerdings nur im Gleichklang mit der russischen Seite möglich.

2. Martin Hoffmann (Geschäftsführer des Deutsch-Russischen Forums e.V.): Fokussierung auf die Projekte, bei denen Konsens zwischen Deutschland und Russland besteht

Im Hinblick darauf, was das Deutsch-Russische Forum¹³ wolle, verwies dessen Geschäftsführer Herr Hoffmann auf die Ursprünge des Forums. Es sei ursprünglich nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion darum gegangen, zwischen den Unternehmen Russlands und Deutschland einer Brücke vergleichbar der Atlantikbrücke zu bauen, um auch die Zivilgesellschaften hierüber anzunähern.

Das Deutsch-Russische Forum bilde jedoch nicht die Gesellschaft ab, sondern sei klar eine Vereinigung für die Wirtschaft, auch mit dem Ziel den wirtschaftlichen Austausch zwischen Russland und Deutschland zu unterstützen. Herr Hoffmann betonte aber, dass man sich nicht als Lobbyorganisation sehe und auch keine Politik machen wolle. Vielmehr wolle man ein Signal für Verständigung und Freundschaft auch in Krisenzeiten setzen.

Ferner analysierte Herr Hoffmann die Aussagen der Politik im Hinblick auf Russland. Die Politik stehe vor dem Problem, dass sie immer Doppelsignale senden müsse dergestalt, dass man zwar einerseits sage, dass die man die Sanktionen gegen Russland mildern und im Dialog bleiben müsse, dies aber andererseits von der Einhaltung bestimmter Voraussetzungen abhängig mache, so vor allem von der

¹¹ http://www.ostinstitut.de/de/news/aktuelles/news_ansicht/d/neue_mitglieder_beim_petersburger_dialog.

¹² <http://www.petersburger-dialog.de/uebersicht/deutscher-lenkungsausschuss-mitglieder-des-petersburger-dialogs>.

¹³ Weiterführend: <http://www.deutsch-russisches-forum.de/>.

Steininger - Was wollt Ihr eigentlich? Ein Bericht von den 6. Wirtschaftspolitischen Gesprächen vom 22. September 2016 in Berlin, Ost/Letter-3-2016 (Dezember 2016)

Umsetzung des Minsk-II-Übereinkommens. Dabei seien sich eigentlich alle darüber klar, dass dieses Übereinkommen weder von der ukrainischen Seite noch von der russischen Seite umgesetzt werden können. Das Problem der Doppelsignale sei auch, dass von den Medien zumeist die „schlechten“ Signale herausgegriffen und verstärkt werden.

Demgegenüber müsse das Deutsch-Russische Forum derartige Doppelsignale nicht aussenden. Man könne – ohne Voraussetzungen zu formulieren – sich der bilateralen Projekte wie Städtepartnerschaften, Jugendaustausch, Austausch von Wissenschaftlern etc. widmen. Man könne sich also vollkommen auf die Themen konzentrieren, bei denen zwischen Russland und Deutschland Konsens bestehe. Damit werde dem Dialog der Zivilgesellschaften ein Dienst erwiesen und auf dieser Schiene wolle man auch weitermachen.

3. Jens Böhlmann (Ostausschuss der Deutschen Wirtschaft): das Primat der Politik und das Arrangieren mit Handelshindernissen

Herr Böhlmann wies zunächst darauf hin, dass es gutes Signal sei, dass gegenwärtig eine Wirtschaftsdelegation mit Wirtschaftsminister Gabriel in Moskau weile.

Ferner griff Herr Böhlmann die Kritik von Herrn Dr. Neu aus der Paneldiskussion Politik auf, welcher den Lobby-Organisationen der Wirtschaft den Vorwurf gemacht habe, im Hinblick auf die Beziehungen zu Russland der Politik das Feld überlassen zu haben. Was aber, fragte Herr Böhlmann, habe man denn machen sollen? Letztlich komme der Politik immer das Primat zu.

Der Ostausschuss der Deutschen Wirtschaft sei klar eine Lobby-Organisation, der es darum gehe, die Interessen ihrer Mitglieder zu befördern.¹⁴

Was wolle man als Ostausschuss? Sicher wolle man die Sanktionen nicht. Man könne zwar in die Richtung bei der Politik argumentieren, dass diese Sanktionen gemildert oder ganz abgeschafft würden, letztlich müsse man sich aber damit abfinden, dass diese Sanktionen bestünden.

Die Wirtschaft versuche gerade, sich mit diesen Handelshindernissen zu arrangieren, so dass vor allem diejenigen Waren geliefert würden, die geliefert werden dürften. Und dies funktioniere letztlich auch ganz gut.

Auf jeden Fall wolle man auf wirtschaftlicher Ebene die Zusammenarbeit zwischen Russland und Deutschland unterstützen und ausbauen. Dafür, dass dies gerade geschehe, nannte Herr Böhlmann die Messe Innotrans, bei der das Projekt des Hochgeschwindigkeitszuges zwischen Kasan und

¹⁴ Weiterführend: <http://www.ost-ausschuss.de/>.

Steininger - Was wollt Ihr eigentlich? Ein Bericht von den 6. Wirtschaftspolitischen Gesprächen vom 22. September 2016 in Berlin, Ost/Letter-3-2016 (Dezember 2016)

Moskau besprochen werde, das Wirtschaftstreffen am Tegernsee sowie den Besuch von Minister Gabriel und der Wirtschaftsdelegation in Moskau¹⁵. Tatsächlich müsste sich Politik und Wirtschaft nicht ausschließen.

4. Dr. Frank Schauff (Geschäftsführer des AEB in Moskau): eine Vision muss her – Angebot, die Sanktionen bei Einhaltung von Minsk-II aufzuheben reicht nicht

Herr Dr. Schauff sprach zunächst die Sanktionen an. Sein Verband¹⁶ vertrete über 500 europäische Unternehmen in Russland. Bei einer Umfrage habe sich ergeben, dass für über 80 % der Unternehmen die Sanktionen gar keine Rolle spielten. Wirklich betroffen von den Sanktionen seien nur die Banken und Unternehmen, die Dual-Use-Güter lieferten. Der Effekt der Sanktionen sei also insgesamt für die europäischen Unternehmen verschwindend gering.

Es gehöre auch zu den journalistischen Vereinfachungen, dass man annehme, die Krise der russischen Wirtschaft ergebe sich aus den Sanktionen. Diese sei vielmehr auf den niedrigen Ölpreis und den damit verbundenen Verfall des Rubels zurückzuführen. Wenn überhaupt, so würden sich die Sanktionen nur langfristig auswirken. Tatsächlich habe sich der Handel mit Russland halbiert; dies sei allerdings kein deutsches Phänomen. Auch der Handel zwischen China und Russland sei zurückgegangen, was zeige, dass dieses Problem nicht allein auf die Sanktionen zurückzuführen sei.¹⁷

Ferner sagte Herr Dr. Schauff, dass die Kommunikation zwischen seinem Verband und den russischen Ministerien immer noch gut sei. Man könne zudem beobachten, dass in den vergangenen Monaten viele Minister europäischer Staaten und Vorstandsvorsitzende großer europäischer Unternehmen in Russland gewesen seien. Gerade bei letzteren bestehe aufgrund der Rubelkrise wohl großes Interesse, in Russland zu investieren. Die Lokalisierungsbemühungen der russischen Regierung seien hier vielleicht sogar hinderlich.

Ferner sprach Herr Dr. Schauff die Vision eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes von Lissabon bis Wladiwostok an. Dabei sei aber zu berücksichtigen, dass die Europäische Union klar gesagt habe, dass die Aufhebung der Sanktionen – und dies sei ja die Voraussetzung für eine derartige Vision – nur von der 100%igen Umsetzung des Minsk-II-Übereinkommens abhängen. Eine solche Politik sei aus russischer Sicht „steril“; vielmehr solle man überlegen, ob man für den Fall, dass das Minsk-II-Übereinkommen tatsächlich umgesetzt werde, nicht nur einfach die Sanktionen aufhebe, sondern

¹⁵ Zu den Aktivitäten des Ostausschusses: <http://www.ost-ausschuss.de/russische-f-deration>.

¹⁶ Weiterführend: <https://www.aebrus.ru/>.

¹⁷ http://www.deutschlandfunk.de/russlands-wende-nach-china-anspruch-versus-wirklichkeit.724.de.html?dram:article_id=364242;

http://www.ved.gov.ru/exportcountries/cn/cn_ru_relations/cn_ru_trade/.

Steinger - Was wollt Ihr eigentlich? Ein Bericht von den 6. Wirtschaftspolitischen Gesprächen vom 22. September 2016 in Berlin, Ost/Letter-3-2016 (Dezember 2016)

vielmehr ein weiteres Angebot zu einer Zusammenarbeit gemacht werden sollte, so etwa durch die Inaussichtstellung eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes.

5. Herr Dr. Manfred Sapper (Chefredakteur der Zeitschrift Osteuropa, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde): Information über den Zustand der russischen Gesellschaft ohne jede Beschönigung

Herr Dr. Sapper verwahrte sich zunächst gegen den Vorwurf, die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. habe einseitig gegen Russland Stellung bezogen. Vielmehr sei es Aufgabe der Medien, eine Plattform für den Meinungsaustausch zu bilden sowie Erkenntnisse aus der Wissenschaft zu verbreiten.

Die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde,¹⁸ die auf eine lange Tradition seit 1913 zurückschauen könne, sei weder ein Signalgeber für Freundschaft und Verständigung wie das Deutsch-Russische-Forum noch eine Lobby-Organisation wie der Ostausschuss der Deutschen Wirtschaft. Vielmehr gehe es der Gesellschaft für Osteuropakunde und damit auch der Zeitschrift um Wahrheitsfindung, so etwa um die Überprüfung der Behauptungen aus der Politik.

Herr Dr. Sapper nahm als Beispiel Bezug auf eine etwaige Modernisierungspartnerschaft¹⁹ zwischen Russland und Deutschland. Man müsse als wissenschaftliche Gesellschaft und Zeitschrift die Frage stellen, ob etwa die russischen Eliten überhaupt eine solche Modernisierungspartnerschaft wollten und diese Frage durch Analyse beantworten. Dabei verwies Herr Dr. Sapper auf die letzte Nummer der Zeitschrift „Osteuropa“, die sich schwerpunktmäßig mit der russischen Wirtschaft auseinandersetze.²⁰ So sei zu diskutieren, warum in Russland der Ressourcen-Export zurzeit einen größeren Stellenwert einnehme, als zurzeit der Breschnew-Ära.

Für eine wissenschaftliche Betrachtung in der Zeitschrift würden vor allem Wissenschaftler aus Russland selber herangezogen, so etwa der Ökonom Movčan, der den Braindrain aus Russland beklage.²¹

Es sei ferner festzustellen, dass durch die Repression der Putin-Regierung Journalisten und Wissenschaftler mundtot gemacht würden. Dies müsse benannt werden.

Herr Dr. Sapper stellte klar, dass man sich auf der Grundlage der Europäischen Menschenrechtscharta bewege. Wenn es um Verletzungen der Menschenrechte, aber auch um

¹⁸ Weiterführend <http://www.dgo-online.org/>.

¹⁹ <http://www.dw.com/de/deutschland-f%C3%BCr-modernisierungspartnerschaft-mit-russland/a-3338431>.

²⁰ <http://www.zeitschrift-osteuropa.de/hefte/2016/5/>.

²¹ Movčan Russlands Volkswirtschaft 2016 Fundamentaldaten einer fundamentalen Krise, Osteuropa 2016 Nr. 5, Seite 33 bis 50.

Steinger - Was wollt Ihr eigentlich? Ein Bericht von den 6. Wirtschaftspolitischen Gesprächen vom 22. September 2016 in Berlin, Ost/Letter-3-2016 (Dezember 2016)

Verletzung gar der russischen Verfassung gehe, dann sehe man es als Aufgabe an, dies auch so zu beschreiben und zu veröffentlichen. Er nannte das Beispiel des russischen Soziologen Gudkov²², der über die Verhältnisse in Russland nur noch unter Morddrohungen schreibe. Ein anderes Beispiel sei Valentina Cherevatenko²³, die für die Stärkung von Frauenrechten im Nordkaukasus eintrete, und sich nun der Verfolgung durch staatliche Organe ausgesetzt sehe, da sie nicht bereit sei, sich auf der Liste der ausländischen Agenten registrieren zu lassen.

Der russische Vertreter habe jedoch nicht den Mut gehabt, über diese Misstände offen zu diskutieren. Dies sei der Grund für die Entfremdung zwischen Deutschland und Russland, die auch in der Wissenschaft deutlich gemacht werden müssen. Die Rückschritte bei der inneren Zerstörung der Freiheitsrechte müssten angesprochen werden. Diese Desillusionierung über den Zustand der russischen Gesellschaft hätten große Teile der deutschen Seite bis heute nicht mitgemacht.

Ihm als Chefredakteur der Zeitschrift „Osteuropa“ gehe es darum, denjenigen den Spiegel vorzuhalten, welche die Freiheitsrechte in Russland unterminierten und diejenigen – Berufskollegen – zu stärken, die sich Druck ausgesetzt sähen.

6. Sebastian Kiefer (Leiter Abteilung Government Relations, AHK Moskau): Pragmatismus beim Umgang mit den Sanktionen erforderlich; es fehlt an einem Modell für die russische Wirtschaft in der Zukunft

Herr Sebastian Kiefer, der die AHK Moskau als die mit über 800 Mitgliedern stärkste Außenhandelsdelegation in der Russischen Föderation vertritt,²⁴ sagte, dass die Sanktionen in den Jahren 2014 und 2015 das alles beherrschende Thema gewesen seien. Mittlerweile müsse man allerdings feststellen, dass sich die Unternehmen pragmatisch der gegebenen Situation angepasst hätten und nunmehr versuchten, sich mit der neuen russischen Wirtschaftspolitik der sogenannten Importsubstitution, die vor allem durch Lokalisierung geprägt sei, zu arrangieren.

Natürlich müsse es der AHK Moskau als Lobbyorganisation darum gehen, dass die Sanktionen zurückgefahren würden. Vor dem Hintergrund des Pragmatismus allerdings wolle man sich vor allem auch darauf konzentrieren, deutsche Unternehmen bei ihren Lokalisierungsbemühungen zu unterstützen, so vor allem bei der Zusammenarbeit mit russischen Ministerien.

Für die AHK Moskau spiele allerdings noch ein weiterer Aspekt eine erhebliche Rolle: die Zukunft Russlands bzw. die Zukunft des russischen Wirtschaftsmodells. Für einen Wirtschaftsverband, der die

²² Lev Gudkov, Vorsitzender des Levada –Zentrums, des einzigen unabhängigen soziologischen Forschungsinstituts in Russland, <http://www.levada.ru/>.

²³ Valentina Cherevatenko ist die prominente russische Menschenrechtlerin, die Gründerin und Vorsitzende der russischen Nichtregierungsorganisation „Union der Frauen vom Don“.

²⁴ Weiterführend <http://russland.ahk.de/>.

Steinger - Was wollt Ihr eigentlich? Ein Bericht von den 6. Wirtschaftspolitischen Gesprächen vom 22. September 2016 in Berlin, Ost/Letter-3-2016 (Dezember 2016)

Interessen von Investoren vertritt und gerade deshalb daran interessiert sein muss, dass die Wirtschaft im Investitionsland, hier also Russland, zumindest stabil ist oder auch wächst, stelle sich vor allem die Frage, wie Russland wieder auf den Weg des Wirtschaftswachstums zurückkehren könne.

Zurzeit sei allerdings nicht erkennbar, welchem Wirtschaftsmodell die Russische Föderation in Zukunft folgen werde, es fehle schlechthin an einer Vision.

Herr Kiefer wies dabei noch einmal auf die von Russland 2010 hervorgebrachte Idee eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes zwischen Lissabon und Wladiwostok hin. Dies sei zwar gegenwärtig nicht realisierbar, jedoch immerhin ein Modell. Es müssten allerdings weitere, auch umsetzbare Modelle her, welche einem ausländischen Investor einen Ausblick auf die zukünftige Wirtschaftspolitik Russlands geben könne.

7. Dr. Manfred Heinrich (Osteuropaverein der deutschen Wirtschaft e.V.): die russische Lokalisierungspolitik benachteiligt Mittelstand, der Rubelverfall bietet allerdings auch Chancen

Herr Dr. Heinrich betonte, dass sich Osteuropaverein der deutschen Wirtschaft²⁵ vor allem für die offene Diskussion und Annäherung an Russland einsetze. Dies geschehe unter anderem dadurch, dass der Verband an den Gesprächen der sogenannten Strategischen Arbeitsgruppe zwischen Deutschland und Russland²⁶ regelmäßig teilnehmen. Diese Gespräche seien zwar in den Jahren 2014 und 2015 aufgrund der Ukraine Krise ausgesetzt gewesen, tagt die Strategische Arbeitsgruppe allerdings nach der Unterbrechung in diesem Jahr zweimal.

Natürlich gebe es auch Mitgliedsunternehmen des Osteuropavereins der deutschen Wirtschaft, die unmittelbar oder mittelbar von den Sanktionen betroffen seien. Allerdings unterstrich Herr Dr. Heinrich, dass sein Verband bereits 2014 und 2015 klargestellt habe, dass der Rückgang des deutsch-russischen Handels um fast die Hälfte weniger auf die Sanktionen zurückzuführen sei, als vielmehr auf den Verfall des Ölpreises und in diesem Zusammenhang die Entwertung des Rubels. Hier pflichtete er Herrn Dr. Schauff vollumfänglich bei. Allerdings habe sich seiner Beobachtung nach die Diskussion in der letzten Zeit auch wesentlich versachlicht, dass die Sanktionen auch in der Öffentlichkeit nicht mehr als alleiniger Grund für das schwierige, auch wirtschaftliche Verhältnis zwischen Deutschland und Russland angesehen würden.

²⁵ Weiterführend <http://www.osteuropaverein.org/>.

²⁶ <http://www.germania.diplo.de/Vertretung/russland/de/09-wirtschaft/1-bilaterale-projekte/strategische-arbeitsgruppe.html>.

Steinger - Was wollt Ihr eigentlich? Ein Bericht von den 6. Wirtschaftspolitischen Gesprächen vom 22. September 2016 in Berlin, Ost/Letter-3-2016 (Dezember 2016)

Was die Frage angehe „Was wollt Ihr eigentlich“, so formulierte Herr Doktor Heinrich folgende Forderungen:

Zum einen könne er zwar nachvollziehen, dass sich die russische Wirtschaftspolitik auf die Lokalisierung bzw. Importsubstitution kapriziert habe. Hierbei sei es jedoch wichtig, dass russische und ausländische Unternehmen gleich behandelt würden. Dies sei aus seiner Beobachtung heraus nicht immer der Fall, sodass angestrebt werden müsse, dass im Rahmen der Lokalisierung gleiche Bedingungen für ausländische und russische Investoren geschaffen werden.

Im Hinblick auf die sogenannten Sonderinvestitionsvereinbarungen wies Herr Dr. Heinrich darauf hin, dass mit der gegenwärtigen russischen Gesetzgebung gerade kleine und mittelständische Unternehmen, die von seinem Verband vertreten würden, äußerst benachteiligt würden. Denn Voraussetzung für eine derartige Sonderinvestitionsvereinbarung, die eine lokale Produktion und damit den Titel „Made in Russia“ ermögliche, sei es, dass eine Investition von mindestens 10 Million Euro getätigt würde.²⁷ Dies sei für einen normalen Mittelständler kaum darstellbar.

Ein weiterer Wunsch seines Verbandes sei es, darauf hinzuwirken, dass sich die russische Wirtschaft allmählich von der Struktur der staatlich gelenkten Großunternehmen, wie man sie noch zu Zeiten der Sowjetunion gekannt habe, weg bewege. Denn es sei für ein mittelständisches Unternehmen aus dem Hochtechnologiebereich mit wenigen Mitarbeitern und großer Spezialisierung, sehr schwierig, mit einem derartigen großen Unternehmen auf russischer Seite Kontakt aufzunehmen und entsprechende Verträge zu schließen.

Schließlich wies Herr Dr. Heinrich darauf hin, dass die gegenwärtige schwierige Situation auch Chancen für deutsche Unternehmen böte. Dies ergebe sich insbesondere daraus, dass durch den Rubelverfall der Einkauf von Material, die Arbeitskräfte oder sogar der Kauf von Unternehmensbeteiligungen sehr günstig geworden seien. Ziel seines Verbandes sei es, mittelständische Unternehmen auch hierauf aufmerksam zu machen.

8. Prof. Dr. Hans-Henning Schröder (Zentrum für Osteuropa und internationale Studien): Notwendigkeit der Erforschung der Innenansicht Russlands und der Ukraine, um darauf entsprechend zu reagieren

Herr Professor Hans Henning Schröder²⁸ stellte zunächst das soeben gegründete neue Institut, das Zentrum für Osteuropa und internationale Studien vor,²⁹ welches am 1. Oktober 2016 seine Arbeit

²⁷ Föderales Gesetz vom 31.12.2014 Nr. 488-FZ „Über die industrielle Politik in der Russischen Föderation“, Sobr. Zak. RF, 5.1.2015, Nr. 1 (Teil 1), Pos. 41.

²⁸ Prof. Hans-Henning Schröder ist Leitender Redakteur der Rußland-Analysen <http://www.laender-analysen.de/russland/>.

²⁹ Weiterführend: <http://www.zois-berlin.de/>.

Steinger - Was wollt Ihr eigentlich? Ein Bericht von den 6. Wirtschaftspolitischen Gesprächen vom 22. September 2016 in Berlin, Ost/Letter-3-2016 (Dezember 2016)

aufgenommen hat. Er wies darauf hin, dass er lediglich Gründungsdirektor sei, das Institut nunmehr von Gwendolyn Sasse³⁰, die bislang in Oxford gewirkt habe, geleitet werde. Das Institut werde zwar im Wesentlichen aus Mitteln des Bundeshaushaltes finanziert, sei jedoch eine unabhängige wissenschaftliche Institution.

Hintergrund der Gründung dieses Institutes sei es gewesen, eine Lücke zu schließen, die nach der Einstellung des Bundesinstituts für internationale und osteuropäische Studien in Köln im Jahr 2000³¹ gerissen worden sei. Das Ziel des neuen Institutes bestehe darin, dass an Universitäten und Instituten vorhandene Wissen über die ehemaligen Staaten der Sowjetunion zu sammeln und zu konzentrieren, wobei der Schwerpunkt auf der Russland und der Ukraine liege. Dabei gehe es vor allem darum, eine Innenansicht dieser Länder zu beschreiben.

Als Beispiel nannte Herr Professor Schröder im Jahre 2008 initiierte Modernisierungspartnerschaft. Man habe aufgrund der Analyse der Innenansicht Russlands gesehen, dass Russland im Hinblick auf Wirtschaft und Technologie hinter der Europäischen Union zurück gestanden habe. Die Idee sei dann gewesen, die Modernisierungspolitik des damaligen Präsidenten Medvedjev zu unterstützen. Vor dem Hintergrund der Finanzkrise 2009 habe sich dieser allerdings nicht wirklich durchsetzen können, was zu einer Krise des gesamten Regierungsapparates in Russland geführt habe. Dies sei durch die Demonstrationen 2011 und 2012 zum Ausdruck gekommen. Putin habe dann nach seiner Wiederwahl durch bewusst nationale Töne die Probleme überspielt. In diesem Zusammenhang gehöre auch die Bewegung „Krim nasch“ (unsere Krim), die bereits seit dieser Zeit an Bedeutung gewonnen habe. Tatsächlich sei auch aus der Innenansicht heraus die Krim von größerer Bedeutung, als die ostukrainischen Gebiete.

Aufgabe des neu gegründeten Institutes sei es insofern, die interne gegenwärtige Verfassung Russlands und der Ukraine zu erforschen und darauf entsprechend zu reagieren. So sei es zum Beispiel zurzeit völlig undenkbar, eine Modernisierungspartnerschaft – wie etwa im Jahre 2008 – wieder neu aufzusetzen. Vielmehr müsse man genau beobachten, wo eventuell Ansatzpunkte seien, um eine Kooperation zu ermöglichen.

9. Diskussion:

In der anschließenden Diskussion brach sich dann noch einmal der Konflikt zwischen Markt und Moral Bahn in dem Vorwurf, eine Modernisierungspartnerschaft sei ohne Berücksichtigung der Zustände der Zivilgesellschaft nicht möglich. Andererseits müsse die Frage der Aufhebung der

³⁰ Gwendolyn Sasse ist die wissenschaftliche Direktorin des Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, bisher war sie Professor Fellow, Nuffield College & University Reader, Universität Oxford.

³¹ <http://www.tagesspiegel.de/wissen/neues-zentrum-in-berlin-mehr-wissen-ueber-osteuropa/11333910.html>. Steinger - Was wollt Ihr eigentlich? Ein Bericht von den 6. Wirtschaftspolitischen Gesprächen vom 22. September 2016 in Berlin, Ost/Letter-3-2016 (Dezember 2016)

Sanktionen aktuell bleiben. Auch wenn sich die Wirtschaft mit ihnen arrangiert habe, so handele es sich politisch um „Dialogtöter“.

III. Panel 3: Wissenschaft

Im letzten Panel waren schließlich Vertreter der Wissenschaften aufgerufen, ihren Beitrag zur Lösung der Situation zu machen.

1. Dr. Sabine Fischer (Stiftung Wissenschaft und Politik): Widerstreit zwischen liberalistischer Theorie und systemischen Ansatz zur Erklärung der Ukraine-Krise; Versachlichung notwendig

Frau Dr. Fischer griff zunächst noch einmal die Fragestellung auf „Was wollt Ihr eigentlich“. Sie beantwortete dies mit der Feststellung, dass das Ziel ihrer Arbeit darin bestehe, eine möglichst unabhängige und objektive Analyse des Forschungsgegenstandes Osteuropa bzw. Russland zu liefern, um auf dieser Basis sinnvolle Empfehlungen an die Politik zu geben.³²

Dies erfordere, dass man sehr viel Zeit investieren müsse, um systematisch die Ereignisse und Entwicklungen analytisch nachzuhalten. Dabei sei es insbesondere Blick auf die Ukraine-Krise schwierig, objektiv zu bleiben. Auch in der Stiftung Wissenschaft und Politik habe man hierzu eine polarisierte Diskussion erlebt, die sich auch in über 40 Veröffentlichungen nachvollziehen lasse.³³

Frau Dr. Fischer führte ferner aus, dass es sich vorliegend um eine Krise der europäischen Sicherheitsordnung handele. Es sei weitgehend wissenschaftlicher Konsens, dass das russische Vorgehen auf der Krim und in der Ostukraine völkerrechtswidrig sei. Im Hinblick auf Ursachen und Auswirkungen gebe es allerdings Divergenzen. Es hätten sich vorwiegend zwei Meinungsgruppen herausgebildet.

Der erste, liberale Ansatz verorte die Hintergründe der Krimkrise vor allem in der russischen Innenpolitik.³⁴ Die innenpolitische Schwäche habe sich danach in neoimperialistischer Außenpolitik

³² Dr. Sabine Fischer ist Leiterin der Forschungsgruppe Osteuropa und Eurasien in der Stiftung Wissenschaft und Politik, <https://www.swp-berlin.org/de/forschungsgruppen/osteuropa-und-urasien.html>,

³³ Zuletzt: Fischer/ Klein (eds.) Conceivable Surprises (https://www.swp-berlin.org/en/publications/swp-research-papers/swp-research-paper-detail/article/russias_foreign_policy_conceivable_surprises.html).

³⁴ Michael McFaul beispielsweise in verschiedenen Publikationen, Andreas Heinemann-Grüder, Nikolay Petrov, Lilia Shevtsova.

Steinger - Was wollt Ihr eigentlich? Ein Bericht von den 6. Wirtschaftspolitischen Gesprächen vom 22. September 2016 in Berlin, Ost/Letter-3-2016 (Dezember 2016)

Bahn gebrochen. Das autoritäre Regime in Russland sei auch der Grund dafür, dass Verhandlungen zur Gestaltung einer neuen Friedensordnung schwierig oder gar unmöglich seien.

Die wissenschaftliche Gegenmeinung³⁵ vertrete einen systemischen Ansatz. Hiernach beruhe der Hintergrund der Krimkrise vor allem auf Machtverschiebungen im internationalen europäischen Staatensystem. Danach trage der Westen eine Mitschuld an den Ereignissen, indem man zugelassen habe, dass sich etwa die NATO zu Lasten Russlands weiter ausdehne. Hiernach befindet sich Russland in einer Verteidigungshaltung.

Frau Dr. Fischer unterstrich, dass sie persönlich eher dem liberalen Ansatz zuneige, da man das russische Handeln in der Ukraine nicht ohne Sicht auf die innenpolitischen Entwicklungen in Russland erklären könne. Sie wünsche sich eine differenzierte Analyse, um die Diskussion wieder auf die Sachebene zurückzuholen. Problematisch sei, dass aufgrund der polarisierten Diskussion in der Politik die Gefahr bestünde, dass die Ergebnisse wissenschaftlicher Analysen falsch eingeordnet und dementsprechend von falschen Kräften genutzt würden.

2. Prof. Dr. Egbert Jahn (Universität Frankfurt am Main): Das Bestreben Russlands, die Ukraine zu beherrschen und das Unverständnis des Westens – keine Anerkennung der Annexion der Krim

Herr Professor Jahn gab zunächst zu bedenken, dass es eine einheitliche Wissenschaft nicht gebe. Er könne hier nur für sich als Wissenschaftler und Friedensforscher sprechen, der versuche, Konflikte, deren Ursachen sowie die Möglichkeiten, diese Konflikte zu lösen, zu analysieren. Er wolle die Hintergründe verstehen.³⁶

Seiner Auffassung nach gebe seit April 2014 in Europa einen Krieg, seitdem sich die Ukraine entschieden habe, sich gegen den Angriff Russlands zu verteidigen. Weder in Russland noch im Westen habe man begriffen, was es mit den Ereignissen auf dem Maidan im November 2013 in Wahrheit auf sich gehabt habe.

Herr Professor Jahn erklärte in seiner ersten These, dass sich die GUS nicht zu einer zweiten EU entwickelt habe, quasi nicht zu einer Ost-EU ausgebaut worden sei. Vielmehr seien ein Teil der GUS-Staaten zu Autokratie ausgebaut worden, ein anderer Teil habe sich gen Westen gewandt, was zu Fliehkräften geführt habe. Alle autokratisch regierten Staaten der GUS hätten sich im Wesentlichen an Russland orientiert.

³⁵ Am besten John Mearsheimer in seinem Aufsatz „Why the Ukraine Crisis Is the West’s Fault“ in Foreign Affairs, September/October 2014.

³⁶ Zuletzt Egbert Jahn Putin-Versteher und Putin-Kritiker. Heftige Kontroversen um die deutsche und westliche Rußlandpolitik (Juli 2016), <http://www.fb03.uni-frankfurt.de/62405281/DSFraMoV06-NET-Russlandpolitik-57.pdf>, Steininger - Was wollt Ihr eigentlich? Ein Bericht von den 6. Wirtschaftspolitischen Gesprächen vom 22. September 2016 in Berlin, Ost/Letter-3-2016 (Dezember 2016)

Die Ukraine sei für Russland im internationalen Bereich ein Schlüsselement, sowohl wirtschaftlich als auch militärisch durch den Hafen von Sewastopol und den Zugang zum Schwarzen Meer und damit auch Mittelmeer. Man habe in Russland im November 2013 erkannt, dass man die Macht über die Ukraine verliere. Nachdem man festgestellt habe, dass die üblichen wirtschaftlichen Methoden, die Ukraine unter Druck zu setzen, nicht mehr ausreichten, habe man sich militärischer Mittel bedient. Ähnlich sei das Vorgehen in Georgien gewesen.

Herr Professor Jahn bestritt darüber hinaus, dass die Vertreibung von Victor Janukovitsch ein Putsch gewesen sei; vielmehr handele es sich um eine Massenbewegung, die Janukovitsch aus dem Amt getrieben habe, niemand habe ihn mehr gestützt, auch in Russland nicht. Sein Lavieren zwischen Ost und West habe dann zu einer Polarisierung geführt.

In der Folge habe dann der Westen allerdings nicht mehr erkannt, wie gespalten die Ukraine gewesen sei und welche ökonomischen und sicherheitspolitischen Interessen Russland gehabt habe. In der Ostukraine liegen viele industrielle Bereiche, die für Russland entscheidend waren, so die Rüstungsindustrie, die Weltraumindustrie, der Bergbau. Auf diese Bedürfnisse Russlands hätte der Westen eingehen müssen.

Hier hätten sich auch Kompromisslösungen finden lassen, so etwa durch eine Kooperation zwischen Russland und der Europäischen Union. Auch ein Kompromiss im Hinblick auf den Hafen Sewastopol wäre durchaus denkbar gewesen; so hätten auch andere Länder ihre Exklaven, auf denen sie Stützpunkte betrieben. Das Ansinnen einer Anerkennung der Annexion der Krim sei allerdings zurückzuweisen.

3. Prof. Dr. Reinhard Merkel (Universität Hamburg): Fraglich, ob das Vorgehen Russlands auf der Krim als Annexion bezeichnet werden kann

Herr Professor Merkel stellte zunächst klar, dass seine Zuständigkeit zu Beurteilung einer Situation eine rein normative sei, also keine politische. Dennoch führte Herr Professor Merkel aus, dass die Fehler des Westens im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise schon Jahre zuvor begonnen hätten. Man habe Russland schon viel zulange wie einen „Underdog“ behandelt, der sämtliche Werte des Westens zu schlucken gehabt habe. Mit einem Land von der Größe und vom Gewicht Russlands könne man so etwas nicht machen. Nun ernte man hieraus die Früchte.

Es stelle sich allerdings die Frage, wie man mit der Krise weiter verfahren müsse sowie auch, wie das Fehlverhalten aller Parteien dieses Konfliktes zu bewerten sei.

Herr Professor Merkel zeigte sich hierbei erstaunt über die teilweise auch von seinen Vorrednern apodiktisch vertretene Meinung, der Umsturz in der Ukraine 2014 dürfe nicht als Putsch gewertet werden. Mit der gleichen apodiktischen Meinung sei man allerdings sicher, dass das Vorgehen Russlands auf der Krim den Tatbestand einer Annexion erfülle – so auch die von Professor Luchterhandt vertretene Ansicht.³⁷

Herr Professor Merkel argumentierte jedoch, dass es nicht ein einziges völkerrechtliches Dokument existiere, das juristisch gesehen den Tatbestand einer Annexion überhaupt beschreibe. Das Wissen, ob es sich im Einzelfall um eine Annexion handele, ergebe sich allein aus der historischen Erfahrung bzw. aus dem Paradigma. Beispiel hierfür sei etwa die Annexion Kuweits durch Saddam Hussein: gegen den Willen der Regierung und der dortigen Bevölkerung sei ein ganzes Land räuberisch beschlagnahmt worden. Dass es sich hierbei um eine Annexion handele, sei dementsprechend auch Konsens in der völkerrechtlichen Literatur.

Tatsächlich habe Russland auf der Krim zumindest zweifach völkerrechtswidrig gehandelt. Zum einen habe Russland Art. 2 Abs. 4 der UN-Charta³⁸, also das Verbot der Androhung und Anwendung von Gewalt gegenüber der territorialen Integrität eines anderen Staates, verletzt. Auch müsse man unterscheiden zwischen massiver Nötigung durch Russland, das mit seiner militärischen Übermacht drohte, und der tatsächlichen Gewaltanwendung, die es auf der Krim nur im geringen Maße gegeben habe; immerhin sei niemand getötet worden. Beim Völkerrechtsverstoß bleibe es jedoch gleichwohl.

Ferner sei es auch völkerrechtswidrig von Seiten Russlands gewesen, die Krim drei Tage nach dem Einmarsch quasi als völkerrechtswidrig selbstständiges Subjekt anzuerkennen.

Allerdings wehrte sich Herr Professor Merkel vehement dagegen, das Vorgehen Russlands auf der Krim als Annexion zu bezeichnen. Denn der Begriff „Annexion“ liefere einen „moralisierenden Überschuss“. Denn es würden mit diesem Begriff historische Parallelen gezogen, die so allerdings falsch seien: es würde dann heißen, Hitler habe annektiert, Saddam Hussein habe annektiert und Russland habe etwas Ähnliches auf der Krim 2014 unternommen. Letzteres sei allerdings mit den historischen Annexionen Hitlers und Saddam Husseins nicht vergleichbar.

Denn für eine Annexion müssten zwei Voraussetzungen vorliegen: (1.) die Landnahme müsse gegen den Willen der Zentralregierung geschehen; dies sei in der Ukraine der Fall gewesen. (2.) Ferner müsse die Annexion auch gegen den Willen der Bevölkerung ablaufen. Dies allerdings sei im Fall der Krim jedoch zu verneinen.

³⁷ Lucherhandt, Der Anschluss der *Krim* an Russland aus völkerrechtlicher Sicht, in: Archiv des Völkerrechts, Vol. 52, No. 20, 2014, S. 137 bis 172

³⁸ <http://www.unric.org/de/charta>.

Steinger - Was wollt Ihr eigentlich? Ein Bericht von den 6. Wirtschaftspolitischen Gesprächen vom 22. September 2016 in Berlin, Ost/Letter-3-2016 (Dezember 2016)

Denn tatsächlich hätte eine überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung auf der Krim den Anschluss an Russland gewollt; schon vorherige Referenden wie 1994 hätte dies gezeigt. Der häufig erhobene Einwand, das Referendum auf der Krim 2014 habe nicht den rechtlichen Vorgaben entsprochen, sei zwar berechtigt. Allerdings zweifele in Wahrheit niemand daran, dass die Bevölkerung auf der Krim die Mitgliedschaft in Russland wünsche.

Man müsse aber unterscheiden zwischen einer – wenn auch in hohem Maße – unsauberen Sezession mit folgendem Anschluss an Russland und einer maskierten Annexion.³⁹

Herr Professor Merkel stellte dies an folgenden Beispiel dar: Gehe ein Nachbar zu dem anderen Nachbarn und halte dessen 16-jähriger Tochter eine Pistole an den Kopf und fordert diese auf, sie solle gegen ihren Willen mit ihm kommen – dies sei ein klarer Fall einer Entführung, quasi eine „Annexion“ der Tochter. Etwas anderes ergebe sich allerdings dann, wenn der Nachbar dem Vater die Pistole vorhalte, damit die Tochter in Ruhe ihre Sachen packen kann, da sie gerne mitkommen möchte. Auch letzteres sei ein Verbotstatbestand, eine schwere Nötigung, jedoch keine Entführung, keine Annexion.

Wäre alles genauso abgelaufen, der Beitritt der Krim jedoch wesentlich später erfolgt, so wäre wahrscheinlich niemand auf die Idee gekommen, dies eine Annexion zu nennen.

4. Prof. Dr. Otto Luchterhandt (Universität Hamburg, Vorstand Ostinstitut Wismar): keine Benachteiligung Russlands ersichtlich; Dissens im Hinblick auf den Umgang mit Russland zwischen interessengeleiteten Wirtschaftsvertretern und Wissenschaft

Herr Professor Luchterhandt kritisierte zunächst die Aussagen von Herrn Professor Merkel in dem Sinne, dass mit strafrechtlichen Betrachtungsweisen keine völkerrechtlichen Tatbestände zu lösen seien.

Auch der Hinweis von Professor Merkel, Russland sei lange wie ein „Underdog“ behandelt worden, sei nicht zutreffend. Russland sei mit Zustimmung Frankreichs, Großbritanniens und der USA im Jahre 1991 in die Position der Sowjetunion und damit einer globalen Atommacht und Vetomacht im UN-Sicherheitsrat aufgerückt. Diese Position habe völkerrechtlich bzw. nach der Satzung der Vereinten Nationen Russland nicht offeriert werden müssen. Insofern sei man Russland hier stark entgegengekommen.

³⁹ Ähnlich *Geistlinger* Der Beitritt der Republik Krim zur Russischen Föderation aus der Warte des Selbstbestimmungsrechts der Völker. in: Archiv des Völkerrechts, Vol. 52, No. 20, 2014, Seiten 175 bis 204. Steininger - Was wollt Ihr eigentlich? Ein Bericht von den 6. Wirtschaftspolitischen Gesprächen vom 22. September 2016 in Berlin, Ost/Letter-3-2016 (Dezember 2016)

Ferner habe man im Jahre 1994 ein Partnerschafts- und Kooperationsübereinkommen zwischen der EU und Russland abgeschlossen, in welchem die Interessen Russlands in besonderer Weise eingegangen sein.

Darüber hinaus habe man Russland im Jahre 1996 auf Betreiben von Helmut Kohl in den Europarat aufgenommen, obwohl der erste Tschetschenienkrieg seinerzeit seinem Höhepunkt entgegen strebte.⁴⁰ Im Jahre 1998 sei Russland dann auch noch Mitglied der europäischen Menschenrechtskonvention⁴¹ geworden und habe einen Richter zum europäischen Gerichtshof für Menschenrechte entsandt.

Schließlich sei der NATO-Russland-Rat⁴² begründet worden.

All dies zeige, dass man von westlicher Seite viel getan habe, um Russland auf Augenhöhe zu begegnen und gleichzustellen.

Herr Professor Luchterhandt unterstrich, dass mit der Mitgliedschaft Russlands im Europarat und in der OSZE Russland auch dieselben Werte anerkannt habe. Hierin liege insbesondere der Unterschied zu Ländern wie China oder Kasachstan.

Ferner wandte sich Herr Professor Luchterhandt einer Bewertung der gegenwärtigen Regierungsperiode Putins zu. Er verglich diese Periode mit der Endzeit der Ära Breschnew von den Jahren 1964-1982 in der Sowjetunion, die von Stagnation geprägt gewesen sei. Damals wie heute sei das System „wurmstichig“ gewesen; die Ära Breschnew habe den Niedergang und schließlich die Auflösung der Sowjetunion zur Folge gehabt. Die meisten mit Russland befassten Wissenschaftler würden diese Tatsache auch anerkennen.⁴³

Fraglich sei nunmehr, wie man mit einer derartige Situation umgehe; hier bestehe allerdings Dissens. Man habe bei der heutigen Diskussion insbesondere der Vertreter der Verbände erkennen können, dass dieser Dissens vor allem daraus resultiere, dass der Umgang mit Russland bisweilen vor allem durch Interessenvertreter bestimmt werde. Insbesondere wirtschaftliche Interessen kämen hier zur Geltung. Die Argumente diesbezüglich ließen sich häufig in einfachen Floskeln darstellen: Wandel durch Handel, Annäherung durch Handel, die Wirtschaft als Brücke für die Politik.

Die Beschreibung der Situation als „Glaubenskrieg“ sei auch nicht zutreffend, vielmehr handele um einen Dissens zwischen den interessengeleiteten Vertretern der Wirtschaft auf der einen Seite und

⁴⁰ Russland trat dem Europarat am 28.2.1996 bei, <http://www.coe.int/de/web/portal/russian-federation>, http://www.coe.int/de/web/conventions/full-list/-/conventions/treaty/001/signatures?p_auth=5pcbdHp6.

⁴¹ http://www.coe.int/de/web/conventions/full-list/-/conventions/treaty/005/signatures?p_auth=5pcbdHp6.

⁴² http://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_25468.htm?selectedLocale=de.

⁴³ Zuletzt Götz *Stabile Stagnation. Die Ökonomie der Brežnev- und der Putin-Periode*, Osteuropa 2016 Nr. 5, Seiten 51 bis 80.

Steinger - Was wollt Ihr eigentlich? Ein Bericht von den 6. Wirtschaftspolitischen Gesprächen vom 22. September 2016 in Berlin, Ost/Letter-3-2016 (Dezember 2016)

den redlich arbeitenden Wissenschaftler auf der anderen, wobei die Vertreter der Politik immer wieder versuchten, zwischen beiden Polen einen Ausgleich zu finden.

Allerdings hob Professor Luchterhandt hervor, dass beide Seiten zur Lösung des Problems beitragen könnten.

5. Dr. Stefan Meister (DGAP): die emotional geführte und polarisierte Diskussion über Russland muss durch genaue Analyse auch von Detailspekten verwirklicht werden

Herr Dr. Meister ging zunächst einmal auf die Aufgaben der DGAP als Think Tank ein.⁴⁴

Die erste Aufgabe bestehe in der kurzfristigen Politikberatung auf der Grundlage einer sorgfältigen Analyse der politischen Ereignisse, wobei man allerdings in der Regel mehr Zeit habe, eine sorgfältige Analyse der Geschehnisse durchzuführen, als der Politik zur Verfügung stehe. Grundlage der Analyse seien in der Regel Dokumente aber auch Erfahrungen und Netzwerke, aus denen ein Gesamtbild zusammengestellt werde.

Die zweite wesentliche Aufgabe beschrieb Herr Dr. Meister als strategische Beratung, die wesentlich über das aktuelle Krisenmanagement, mit dem die Politik in der Regel konfrontiert sei, hinausgehe.

Die dritte Aufgabe schließlich sieht Herr Dr. Meister darin, Politik in der Öffentlichkeit auch zu erklären, gerade vor dem Hintergrund, dass durch die vielfältig zur Verfügung stehenden Informationen jeder sich als Experte wähne.

Im Hinblick auf Russland sei die Lösung dieser Aufgaben zunehmend schwierig geworden. Dies liege vor allem daran, dass man vor unterschiedlichen Realitäten stehe, nicht nur zwischen dem Westen und Russland, sondern auch innerhalb des Westens werde die Situation gegensätzlich bewertet und verstanden. Die Diskussion um Russland sei vor allem polarisiert und emotional aufgeladen, was die sachliche Analyse erschwere. Im Gegensatz zur Politik könne man als Think Tank ohne zeitlichen Druck und ohne Druck der Medien sich auch in Ruhe mit Randproblemen beschäftigen, um einen sachlichen Blick auf Russland zu kreieren.

Als Beispiele für solche Beobachtungen, die nicht im Fokus der Öffentlichkeit stehen, beschrieb Herr Dr. Meister das Problem der Überalterung Russlands, der fehlenden und fehlgeleiteten

⁴⁴ Dr. Stefan Meister ist Programmleiter Osteuropa, Rußland und Zentralasien der DGAP, <https://dgap.org/de>. Steinger - Was wollt Ihr eigentlich? Ein Bericht von den 6. Wirtschaftspolitischen Gesprächen vom 22. September 2016 in Berlin, Ost/Letter-3-2016 (Dezember 2016)

Immigrationspolitik, des wachsenden Staatssektors, die Probleme der Gesundheitssysteme und Bildungssysteme. Es sei klar, dass das Land vor gravierenden Problemen stehe.⁴⁵

Vor allem die russische Wirtschaftspolitik zeige große Schwächen. So sei in den vergangenen Jahren das Realeinkommen gravierend gesunken.⁴⁶ Gleichwohl habe man nicht versucht, die Wirtschaft zu diversifizieren und Infrastrukturprojekte auszubauen, sondern habe die Einnahmen vor allem in Sicherheit investiert.

Interessant sei dabei die Beobachtung, dass – obgleich in sozioökonomischer Hinsicht Russland nicht fortentwickelt worden sei – die Zustimmung für Präsident Putin bei 80 % liege und somit der Präsident auch seine Legitimität erhalten habe. Dies sei allerdings nicht darauf zurückzuführen, dass es dem Einzelnen besser gehe und die Wirtschaft entwickelt worden sei, sondern vielmehr darauf, dass man das Gefühl habe, Russland sei wieder stark.

Auch die Arbeit der DGAP habe sich den Verhältnissen angepasst. Es würde nun weniger öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen mit großem Medieninteresse organisiert, sondern vielmehr kleinere Seminare, bei denen sich gerade die russischen Teilnehmer weniger beobachtet fühlten und nicht aufpassen müssten, was sie sagten. Teilweise müsse auch erst ausgelotet werden, wie der Meinungsstand gerade bei den russischen Kollegen sei.

IV. Schlussbemerkungen von Wolfgang Clement

In seinem Schlusswort hob Herr Clement als Vorstandsvorsitzender des Ostinstituts Wismar hervor, dass es den Organisatoren dieser Veranstaltung vor allem darum gegangen sei, erstmalig alle Vertreter der mit Russland befassten Meinungsgruppen an einen Tisch zu holen. Dies sei weitgehend gelungen, so dass man ein übergreifendes Meinungsbild habe schaffen können. Keinesfalls habe man mit der Tagung zu einer einheitlichen Meinung kommen wollen, zumal Meinungsunterschiede bisweilen sehr fruchtbar seien.

Eine wichtige Gemeinsamkeit sei jedoch festzuhalten: Alle zu Wort gekommenen Vertreter aus Politik, Verbänden und Wissenschaft seien offensichtlich der Auffassung, dass das Verhältnis zwischen Deutschland und Russland von außerordentlicher Bedeutung sei. Insofern sei zu wünschen, dass auch die deutsche und europäische Politik den Beziehungen zu Russland Priorität einräume.

Unter Bezug auf eine offenkundige Meinungsverschiedenheit zwischen den Professoren Merkel und Luchterhandt im Hinblick darauf, ob und inwieweit das Vorgehen Russlands auf der Krim als Annexion zu bezeichnen sei und ob "der Westen" hier entscheidende Fehler gemacht habe, hob Herr

⁴⁵ Dazu *Meister* Innerstaatliche Konflikte (2016), <https://dgap.org/de/think-tank/publikationen/weitere-publikationen/innerstaatliche-konflikte>.

⁴⁶ <https://www.wsws.org/de/articles/2016/03/19/russ-m19.html>.

Steininger - Was wollt Ihr eigentlich? Ein Bericht von den 6. Wirtschaftspolitischen Gesprächen vom 22. September 2016 in Berlin, Ost/Letter-3-2016 (Dezember 2016)

Clement hervor, dass der Helsinki Prozess⁴⁷ bis zu jenen Ereignissen eine gute Nachbarschaft der Staaten in Europa gewährleistet habe. Man habe so eine Sicherheitsstruktur geschaffen, die Russland durch sein Vorgehen auf der Krim und in der Entwicklung in der Ostukraine eindeutig verletzt habe, und zwar ungeachtet dessen, wie dieses Vorgehen aus welcher wissenschaftlichen Sicht zu betrachten sei. Das hier in Rede stehende Vorgehen habe jedenfalls in der Ukraine schwere Schäden angerichtet und Tod und Leid über viele Menschen gebracht und in ganz Europa Unsicherheit verbreitet und tiefe Verunsicherung ausgelöst. Hierauf habe die EU und "der Westen" reagieren müssen.

Auf der anderen Seite betonte Herr Clement, dass man sich auf westlicher Seite nicht hinreichend klar gemacht habe, was der Zerfall der Sowjetunion für Russland und natürlich auch für die Menschen in Russland faktisch wie emotional bedeutete. Stattdessen hätte man im Verlauf jenes Prozesses - etwa aus der Sicht des ehemaligen Außenministers Genscher - erkennbarer und praktisch auf Russland zugehen müssen. Diese Ansicht habe seinerzeit auch eine Persönlichkeit wie der damalige österreichische Bundeskanzler Vranitzky vertreten, ohne für diese Position hinreichende Unterstützung zu finden. Aus russischer Sicht sehr problematisch werde auch die Ausdehnung der NATO in Zentraleuropa gesehen. Zwar sei in den völkerrechtlichen Verträgen im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung Deutschlands nirgends manifestiert worden, dass sich die NATO nicht über das wiedervereinigte Deutschland hinaus in östlicher Richtung ausdehnen solle. Allerdings sei dies zu Anfang der 90er Jahre des vergangenen Jahrhunderts in einem Gespräch zwischen dem russischen Präsidenten Gorbatschow und u.a. dem damaligen amerikanischen Außenminister Baker jedenfalls thematisiert worden, wie ein deutscher Diplomat, der diesem Gespräch in der Begleitung des deutschen Außenministers beiwohnte, öffentlich bekundet habe. An Aspekten wie diesem habe sich viel Misstrauen entwickelt und das Verhältnis zu Russland mehr und mehr belastet.

Im Hinblick auf das Thema der Tagung „Was wollt Ihr eigentlich?“ stelle sich vor allem die Frage, was überhaupt unternommen werden könne, um das Verhältnis Deutschland/EU/Russland wieder zu verbessern. Hier sei wohl nur eine Millimeter-weise sich vorwärts bewegende Politik möglich, aber so sei es auch im Zuge der Ost-West-Entspannungspolitik vonstatten und schließlich sehr erfolgreich voran gegangen.

Unmittelbar hiermit hänge auch die Sanktionspolitik zusammen. Die Sanktionen würden von den unterschiedlichen, in unserem Gespräch vertretenen Gruppen durchaus unterschiedlich beurteilt; Einigkeit bestehe aber darin, dass sie sich auf die eine oder andere Weise tatsächlich auswirkten, wengleich die Vertreter der Wirtschaft versuchten, deren Bedeutung "niedriger zu hängen". Es müsse möglichst klar definiert werden, ab welchem Zeitpunkt und ab welcher Bewegung in Richtung einer Umsetzung der Minsk-II-Vereinbarung die Sanktionen gelockert werden könnten, um über die

⁴⁷ <https://www.osce.org/de/mc/39503?download=true>.

Steinger - Was wollt Ihr eigentlich? Ein Bericht von den 6. Wirtschaftspolitischen Gesprächen vom 22. September 2016 in Berlin, Ost/Letter-3-2016 (Dezember 2016)

offenkundig festgefahrene Situation hinaus wieder in ein politisch handhabbares Verhältnis zu Russland zu kommen.

Herr Clement stimmte der Ansicht zu, dass die militärische Auseinandersetzung um die Ukraine nicht nur eine außenpolitische, sondern auch eine innenpolitische Komponente für Russland beinhalte. Auch dies müsse in die Überlegungen auf westlicher Seite einbezogen werden, etwa in Überlegungen, die das Thema einer "Modernisierungspartnerschaft" zwischen der EU und Russland wieder aufgreifen könnten.

Es könne auch geboten sein, die seinerzeit von den Präsidenten der EU und Russlands aufgeworfene Frage einer großräumigen wirtschaftlichen Zusammenarbeit ("von Wladiwostok bis Lissabon") nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Eine Kooperation zwischen Eurasischer Union und EU dürfe ebenfalls nicht außerhalb jeder Betrachtung bleiben. Und auch, wenn es aus heutiger Sicht illusionär erscheine, solle man nicht ausschließen, dass irgendwann eine europäisch-russische Kooperation zur ökonomischen Restrukturierung der Ukraine möglich werden könnte.

Wichtig sei, Erwartungen auszusprechen, die heute der Entwicklung weit voraus gingen, aber morgen vielleicht schon wieder denkbar würden. Das sei, wie er im Zuge der Entwicklung der Entspannungspolitik gelernt habe, ein Weg, um auf längere Sicht tiefe Gräben überwinden zu können. Der Wissenschaft komme hierbei eine wichtige orientierende Bedeutung zu.

©Ostinstitut Wismar, 2016
Alle Rechte vorbehalten
Der Beitrag gibt die Auffassung des Autors wieder

Redaktion:
Prof. Dr. Otto Luchterhandt,
Dimitri Olejnik,
Dr. Hans-Joachim Schramm
Prof. Dr. Andreas Steininger

Ostinstitut Wismar
Philipp-Müller-Straße 14
23966 Wismar
Tel +49 3841 753 75 17
Fax +49 3841 753 71 31
office@ostinstitut.de
www.ostinstitut.de

ISSN: 2366-2751